

Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf das ländliche Indien

von V. Kurien

In seinem Vortrag anlässlich der ersten H.M. Patel Gedächtnis-Vorlesung kritisiert V. Kurien die von Regierung und Weltbank forcierte Liberalisierungs- und Globalisierungspolitik und zeigt deren Gefahren für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Indien auf. Sein Fazit ist, daß eine nachhaltige Entwicklung nur durch den Schutz und die gezielte Förderung lokaler Strukturen, wie z.B. von Genossenschaften, erreicht werden kann. Im folgenden Auszüge aus der Rede, die in der Wochenzeitschrift 'mainstream', New Delhi, am 14. Januar 1995 veröffentlicht wurde.

Zweifellos fühlen einige der hier Anwesenden, daß unsere Nation am Beginn einer neuen großartigen Ära steht. Jeder Tag scheint den Bewohnern unserer Städte neue Wunder des Konsumzeitalters zu bringen. In den Straßen unserer Städte bewegen sich nicht länger Fahrräder und schlendernde Fußgänger. Wir können nun stolz unsere Verkehrsstaub und Umweltverschmutzung mit anderen Metropolen rund um die Welt vergleichen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bevor Mercedes, Toyota und BMW unseren Straßen noch mehr Glanz verleihen.

Wir brauchen nicht länger die Dhotis, Saris und Chappals unserer Dörfer tragen. Heute tragen wir die feinste Kleidung, ganz so wie unsere Counterparts in New York, Tokio oder Paris. Während wir in der Vergangenheit mit Mineralwasser auskommen mußten, können wir heute stolz Coca Cola und Pepsi Cola trinken und über ihre jeweiligen Vorzüge debattieren.

Natürlich kosten all diese Dinge Geld, doch wir können mit einer gewissen Zufriedenheit feststellen, daß sich unsere Gehälter in Richtung "Weltklasse" bewegen. Indische Geschäftsführer brauchen sich nicht länger zu verstecken: 400.000 oder 500.000 Rupien (ca. 20.000 - 25.000 DM) jährlich ver-

dienen auch sie jetzt. Jenen, die auf solche "Fortschritte" in unserem Land verweisen sage ich offen: "Schande!".

Ist dies das unabhängige Indien, von dem unsere Eltern und Großeltern geträumt haben, für das sie Opfer gebracht haben und für das sie sogar gestorben sind? Ein solches Indien mag unabhängig sein, es ist mit Sicherheit nicht frei. Und man muß sich sogar fragen, ob unsere hart erkämpfte Unabhängigkeit zu einem bloßen Wort verkommt.

Ich bin mir bewußt, daß dies wie Ketzerei klingt, in einer Zeit, in der unsere nationale Führung eine krasse Abkehr von der Politik und den Programmen der ersten vier Jahrzehnte unseres Staates vollzogen hat. Wir sind nun in die Welt von "Wettbewerb, Liberalisierung und Globalisierung" eingetreten. Ich möchte Sie bitten, einen Moment darüber nachzudenken, was diese Begriffe tatsächlich bedeuten.

Die Sozialisten von gestern sind heute energische Fürsprecher des "Marktes". Angeleitet von Ihren "Gurus" in Washington, Tokio und Genf scheinen sie dafür sorgen zu wollen, daß Adam Smith's "unsichtbare Hand" in Indien immer besser sichtbar wird. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht eine prominente Persönlichkeit ausruft: "Laßt den Markt entscheiden!". Wir brauchen nicht länger das Junge vor dem Reiferen zu schützen, das Schwache gegen das Starke, das Erstrebenswerte gegen das Abzulehnende, den anständigen Menschen gegen den groben zu verteidigen.

Nun, ich bin ein altmodischer Mensch und wurde in dem Glauben erzogen, daß, wenn wir die Freiheit erlangen würden, unser Indien eine humanere, an edlen Grundsätzen orientierte, Gesellschaft sein würde. Märkte sind nicht edel. Sie sammeln Ressourcen nicht auf der Grundlage der Gerechtigkeit, sondern einfach auf der der Preise. Keine zivilisierte Gesellschaft vertraut ihre Zukunft alleine dem Markt an; dennoch scheinen wir uns mit hohem Tempo in diese Richtung zu bewegen.

Was bedeutet "Liberalisierung"? Sie scheint zu bedeuten, daß der Staat das Recht und die Verantwortung abzugeben hat, wenn es um die Wahl der Unternehmensformen geht, die dem Bedarf unseres Volkes am besten gerecht werden. Sie bedeutet, das Recht und die Verantwortung aufzugeben, in Märkte einzugreifen, Preise zu stützen oder zu senken. Sie bedeutet das Ende aller Beschränkungen in der Einfuhr von Kapi-

tal, Gütern und Dienstleistungen, ungeachtet, ob sie übergeordneten nationalen Interessen entsprechen oder nicht.

Es ist in der Tat merkwürdig, daß es, im Gegensatz zu allen reichen Industriestaaten des Nordens, für Indien unangebracht sein sollte, Strategien anzuwenden, um die Wirtschaft zu lenken, Ressourcen zu sammeln und den eigenen Markt nach außen zu schützen.

Liberalisierung bedeutet nicht das Ende der Vetternwirtschaft und Verfälschungen, die jedes ehrliche Unternehmen lahmlegen. Unsere Bürokraten und ihre Lehrmeister haben deutlich erkennen lassen, daß sie nicht beabsichtigen, auf die bescheidenen Einkünfte zu verzichten, in deren Genuß sie kommen, wenn sie Ausnahmen zu den Bestimmungen zulassen, die sie selber erlassen haben und weiter vertreten. Es ist nur ein schwacher Trost, daß unsere ausufernde Korruption anscheinend abschreckend auf den Zuzug von ausländischen Firmen wirkt.

Dann gibt es das aufregende Wort der "Globalisierung". Einige scheinen zu glauben, daß dies die Öffnung internationaler Märkte für uns bedeutet. Tatsache ist aber, daß sich unsere Eliten dank der Globalisierung an Hamburgern, Pizzas, Colas, schicker Kleidung, neuen Filmen und CDs erfreuen können. Doch dies könnte auch bedeuten, daß unsere Weizenbauern für Spekulanten in Chicago arbeiten und daß die Frauen, die in der Milchwirtschaft arbeiten, die Dividenden für Aktionäre in Genf erwirtschaften.

Ich stelle fest, daß die Entwicklung unserer Nation nicht allein bedeuten kann, die Versorgung mit unzähligen Luxusgütern für unsere begüterte Elite sicher zu stellen. Ebensowenig bedeutet Demokratie lediglich die Durchführung von Wahlen oder die Existenz eines Parlaments und gesetzgebender Versammlungen. Es ist die wirkliche Bedeutung der Begriffe Entwicklung und Demokratie, der ich mich nun zuwenden möchte.

Es gibt drei Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum: zuallererst eine ausgebildete Bevölkerung, zweitens eine starke, gesunde und wachsende Landwirtschaft und drittens eine Regierung, die wenigstens ein Mindestmaß an Stabilität und Integrität gewährleistet. Ich glaube nicht, daß wir mit Überzeugung behaupten können, daß die momentanen Rahmenbedingungen der Schaffung einer gebildeten Bürgerschaft, einer florieren-

den Landwirtschaft oder dem Vertrauen in die Integrität der Regierung entsprechen.

Heute ist, entgegen Presseveröffentlichungen, die eine hundertprozentige Alphabetisierung in diesem oder jenem Distrikt verkünden, ein beängstigender Anteil unserer Bevölkerung ungebildet. Zweifellos haben wir in den vergangenen 45 Jahren hervorragende Bildungseinrichtungen, Colleges und Universitäten, geschaffen, die sich mit den besten der Welt messen können. Ihre Absolventen sind im In- und Ausland begehrt. Der weitaus größere Anteil unserer Colleges und Universitäten ist jedoch durch Politik, Korruption und Disziplinlosigkeit verdorben. Auch einige Privatschulen unseres Landes sind bekannt für die Qualität ihrer Ausbildung. Jedoch kommen auf jedes Kind, das das Glück hat, eine solche Einrichtung besuchen zu können buchstäblich tausende, die auf dem Land unter Bäumen oder in undichten Schuppen sitzen und versuchen, von schlecht ausgebildeten, unterbezahlten und kaum motivierten Lehrern etwas zu lernen.

Lassen Sie mich auch einen Moment der Landwirtschaft zuwenden, einem Bereich, in dem ich seit mehr als 40 Jahren einige entscheidende Erfahrungen sammeln konnte. Diejenigen unter Ihnen, die auf diesem Gebiet nicht sonderlich versiert sind, würden vielleicht annehmen, daß wir eine solide Grundlage für landwirtschaftliche Selbständigkeit geschaffen haben. Und in der Tat haben wir jene Zyniker und Skeptiker widerlegt, die einst behaupteten, daß die indische Landwirtschaft vor einer nahen Katastrophe stand und daß wir zu Beginn der '80er Jahre ein, von internationalen Spenden abhängiger, Almosenempfänger sein würden. Doch wir haben viel erreicht, angefangen bei der "grünen Revolution", als unsere Bauern bewiesen haben, daß sie mit dem richtigen Saatgut und den richtigen Vorleistungen eine Nahrungsmittellücke von jährlich 10 Millionen Tonnen schließen konnten.

Auch in der Milchwirtschaft haben wir viel erreicht. Ich hoffe, Sie erlauben mir ein wenig anzugeben. Wir sind nun der weltweit zweitgrößte Milchproduzent, und wir sind auf dem Weg, die Vereinigten Staaten bis zum Ende des Jahrhunderts zu überholen.

Wir können ebenso stolz darauf sein, was im Bereich von Ölpflanzen und Speiseölerzeugung erreicht worden ist. Noch vor wenigen Jahren mußten wir jährlich bis zu zwei Millionen Tonnen Speiseöl importieren und hierfür große Anteile unserer Währungsreserven aufbrauchen. Eine kluge Kombination von Investitionen in Kooperativen, Einfuhrbeschränkungen, eine Reform des öffentlichen Ölhandels sowie Mark-

teingriffe haben zur Wende im Speiseölsektor beigetragen. Wo Weltbankökonom vorhergesagt, daß wir Mitte der '90er Jahre mehr als drei Millionen Tonnen Speiseöl importieren würden, haben wir nun die Lücke soweit gefüllt, daß wir beinahe den Eigenbedarf decken können.

Nun mögen Sie schließen, daß wir, wenn wir mit Getreide, Speiseöl und Milchprodukten so gut versorgt sind, eine solide Grundlage für die Landwirtschaft geschaffen haben, die für unser Wirtschaftswachstum so notwendig ist. Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß wir, sobald wir etwas Erfolg hatten, uns schon wieder von diesen Leitbildern und Programmen abgewendet haben. Bitte vergegenwärtigen Sie sich auch, daß wir den Eigenbedarf nur insofern decken, als daß diejenigen, die sich Lebensmittel leisten können, versorgt sind. Es steigt sowohl die Anzahl derer, die sich eine angemessene Ernährung leisten können, als auch derer, die dies nicht können. Die heutige Bedarfsdeckung kann sehr schnell im Nahrungsmittelbedarf von morgen untergehen.

Jedes vernünftige Land der Welt hat Strategien entwickelt, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern. Keine Nation möchte anfällig sein für sich wandelnde politische Kräfteverhältnisse, für Ressourcenverknappungen oder für Verschiebungen von Angebot und Nachfrage in anderen Teilen der Welt. Solche Strategien beinhalten auch immer Eingriffe in den Markt, verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für Produzenten und Einfuhrbeschränkungen. In unserem Fall waren solche Strategien recht bescheiden. Unsere Produktionssubventionen sind vernachlässigbar und gleich Null. Unsere Eingriffe in den Markt waren häufig dergestalt, daß eher die Versorgung der Konsumenten gesichert wurde, als daß Produktionsanreize geschaffen wurden. Zeitweise haben wir Importmengen zugelassen, die die Inlandspreise gedrückt haben und die Bauern zwangen, eigene Investitionen in die Produktivität zu reduzieren oder sogar den Anbau einzelner Früchte gänzlich aufzugeben.

Auf die Strategien unserer Regierung im Bereich der Ölpflanzen und Speiseöle habe ich bereits hingewiesen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie intelligente Kombinationen von Anreizen und Sanktionen einen gesamten agraren Subsektor umgestalten können. Danach haben wir diese Strategie aufgegeben in der, meiner Meinung nach eilen, Hoffnung, daß sich diese Entwicklung stabilisiert habe.

Sie werden gewiß fragen, warum wir das getan haben. Vielleicht kann uns der Weltbankbericht, Nr. 9412-IN, hierzu einen Hinweis geben. Den Titel dieses Berichts bitte ich Sie in Ihrem Gedäch-

nis zu behalten: "India 1991 Country Economic Memorandum Volume II: Agriculture Challenges and Opportunities". Eines seiner durchgängigen Themen ist die Notwendigkeit, die Subventionen und Außenhandelsprotektion bei Ölpflanzen aufzuheben. Dies, obwohl die Ölpflanzen den einzigen Sektor darstellen, der ein anhaltendes reales Wachstum im gesamten Berichtszeitraum aufwies. Dies, obwohl unsere eigenen Maßnahmen weit übertroffen werden von denen der EU für europäische Raps- und Sojabauern, oder der Vereinigten Staaten für ihre Sojabonenfarmer, oder der Kanadier für ihre Canola-Produzenten!

Erinnern Sie sich an den Buchtitel: "Herausforderungen und Chancen für die Landwirtschaft". Wessen Herausforderungen? Wessen Chancen? Die Herausforderungen stellen sich nur uns: einen vermeintlichen Wettbewerbsvorteil für Ölfrüchte und Speiseöl zu erreichen, ohne die Marktstützungsmaßnahmen anzuwenden, die für andere Regierungen selbstverständlich sind. Die Chancen beschränken sich allein auf die Bauern, Lebensmittelproduzenten und Händler in Nordamerika und Europa, die somit wieder einmal unsere Märkte ausbeuten!

Die Weltbank-Ökonomen benutzen eine Menge abgedroschener Fachbegriffe, um ihre Argumentation der zunehmenden Möglichkeiten zu stützen. Einer dieser Begriffe ist der "komparative Kostenvorteil". Sie verwenden diesen Begriff aber vielmehr als eine Vorschrift denn als eine Beschreibung! Wenn solche Produktionsvorteile von Dauer wären, so vermute ich, daß Kartoffeln noch immer aus Peru und Irland importiert würden und sich die Kohlenförderung weiterhin in Newcastle konzentrieren würde. Tatsächlich ist es aber so, daß komparative Vorteile erlangt werden müssen durch die Unterstützung der Eigeninitiative und Investitionen unserer Bauern, mit eben jenen Ansätzen, die von der Weltbank offenbar abgelehnt werden. Ich bin aber der Meinung, daß wir diese Politik in unserem eigenen nationalen Interesse entwickeln müssen.

Unsere Milchwirtschaft ist ein weiteres Feld, auf dem unsere eigene Politik für den Wandel von einem Almosenempfänger zu einem wichtigen internationalen Produzenten nun systematisch verworfen wird. Als wir die "Operation Flut" begannen, war die Pro-Kopf-Produktion von Milch nach einer längeren Stagnationsphase zeitweise rückläufig. Sie fiel bis auf nahezu 100 Gramm pro Person und Tag. Heute liegt sie bei 180 Gramm und wir erwarten eine Zunahme auf 200 Gramm noch vor dem Jahr 2000.

Dies ist nicht zufällig geschehen. Deshalb möchte ich kurz über die wesentlichen Punkte dieser Maßnahme sprechen.

Dies kann ich in einem Wort zusammenfassen: "Kooperativen". Ein Pilotprojekt zur Kooperation wurde mit Unterstützung von Sardar Patel im Kaira Distrikt durchgeführt und von dort auf nun mehr als 160 "Milchläden" in ganz Indien ausgedehnt. Heute gehören mehr als acht Millionen Milchbauern mit ihren Familien solchen Kooperativen an. Ihre Kooperativen gehören zu Molkereigenossenschaften, die die gesammelte Milch weiterverarbeiten und schließlich als Trinkmilch oder Milchprodukte verkaufen. Dies garantiert allen Mitgliedern einen fairen Preis und bietet zusätzlich Anreize zu Investitionen für eine Produktionssteigerung. Zudem bieten diese Genossenschaften den Verbrauchern Qualitätslebensmittel beinahe zum Selbstkostenpreis an. Darüber hinaus beschäftigen sie Tierärzte, die die Gesundheit der Tiere sicherstellen. Berater der Genossenschaften helfen den Bauern bei der Verbesserung der Tierhaltung und bieten an, durch künstliche Besamung die Leistungsfähigkeit der Tierbestände zu verbessern.

Die Regierung hat ursprünglich die Leistungen der Kooperativen für unsere nationale Milchversorgung anerkannt. So gab es für alle genossenschaftlichen Milchläden einen Bestandschutz und private Anbieter durften sich nicht am selben Ort niederlassen. Die Politiker wußten, daß private Molkereien nicht in die Produktivitätssteigerung der Bauern investieren. Solche Unternehmen werden sich vielmehr an den Praktiken zu Beginn dieses Jahrhunderts orientieren: die höchstmögliche Ausbeutung kleiner Bauern und Händler.

Heute beschäftigen wir uns mehr mit Plänen von General Food, Nestlé, Glaxo oder Pepsi Cola, als daß wir uns um die Bedürfnisse unserer Bauern kümmern. Die Milchwirtschaft wurde liberalisiert, sodaß nun jeder an beliebigen Orten eine Molkerei öffnen kann; und genau dies geschieht! Nun stellt sich aber die Frage, wie solche Genossenschaften, mit ihren vielfältigen Leistungen für ihre Mitglieder, gegen Unternehmen bestehen sollen, die einzig Milch an- und verkaufen. Zu diesen Schwierigkeiten kommt hinzu, daß diese Unternehmen nahezu frei von politischen Vorgaben arbeiten können, während die Genossenschaften einem umständlichen, archaischen Genossenschaftsgesetz unterliegen, das noch aus der Kolonialzeit stammt.

Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich hier klar zum Ausdruck bringen, daß Wettbewerb an sich nicht verwerflich ist; er ist ein Instrument für allgemeine Verbesserungen. Um aber die Vorteile des Wettbewerbes sicherzustellen, müssen alle Konkurrenten gleichen Bedingungen unterliegen. Ansonsten muß man anstelle von Wettbewerb von

Ausbeutung sprechen.

Ohne diesen Sachverhalt weiter vertiefen zu wollen, bin ich aber der Meinung, daß unsere Landwirtschaft so lange ein nur schwaches Fundament für Wirtschaftswachstum bietet, wie wir weiterhin Boden und Wasser schädigen. Mineraldünger, der in weiten Teilen des Landes über Gebühr eingesetzt wird, verarmt die Böden. Die Bewässerungssysteme steigern das Problem der stauenden und versalzten Böden. Häufig setzen wir zudem Pflanzenschutzmittel ein, die in anderen Ländern verboten sind. So überschreitet die Muttermilch in Teilen unseres Landes die kritischen Werte verschiedener Gifte wie z.B. DDT.

Letztlich möchte ich noch auf die Tauschbeziehungen eingehen. Bislang haben wir immer die städtischen Siedler auf Kosten der Bauern bevorzugt. Auch wenn die Mehrheit unserer Abgeordneten aus den ländlichen Regionen stammt, so nehmen sie bald nach ihrer Ankunft in Delhi die vorherrschende, städtisch geprägte Denkweise an. Hier denken sie nur noch an die Verbraucherpreise und haben die Einkommen der Produzenten und Bauern aus dem Auge verloren. Mittlerweile werden die längst umgekehrten Austauschbeziehungen durch eine neue Entwicklung verschlechtert: die Inflation auf dem Land wächst sehr viel rascher als in den Städten. Im vergangenen Finanzjahr lag die Inflation in Rajasthan bei mehr als 27 Prozent, in Uttar Pradesh bei fast 21 Prozent. Der Durchschnitt für den ländlichen Raum belief sich auf etwa 14 Prozent. Hierdurch wächst die Anzahl der ländlichen Armen, die unter die Armutsgrenze fallen, weiter an. Diese Armutsgrenze ist kein theoretisches Konstrukt! Sie zeigt vielmehr den Unterschied an zwischen ausreichender Lebensmittelversorgung und anhaltendem Hungern, zwischen warmer Kleidung und Frieren im Winter, zwischen einem Dach über dem Kopf und dem Kampieren im Freien.

Lassen Sie mich zur Demokratisierung zurückkehren. Wir rühmen uns, die größte Demokratie der Welt zu sein. Wahrhaftig, wir dürfen stolz darauf sein, daß wir unsere Verpflichtung zur Demokratie auch in Zeiten aufrecht gehalten haben, als andere Länder den vermeintlich einfacheren Weg in autoritäre Regime mit Militärherrschaft oder Diktaturen gegangen sind. Nun muß aber jeder Inder über den Zustand unserer politischen Ordnung zunehmend beunruhigt sein. Auch wenn wir die Anstrengungen unseres Obersten Wahlleiters für faire und geordnete Wahlen anerkennen müssen, so bleibt festzuhalten, daß eine Demokratie, die nur im Parlamentsgebäude und in der Hauptstadt existiert, keine wahre Demokratie ist. Unsere Demokratie muß auf einem festen

Fundament von Pluralität und Selbstverwaltungsstrukturen auf dem Lande gegründet sein.

Vor einigen Jahren kam ich mehr oder weniger zufällig mit einer Organisation in Kontakt, deren Besitz und Verwaltung einzig in der Hand von Bauern lag. Diese Erfahrung hat mich nachhaltig geprägt und ich gebe sie häufig und gerne weiter: wirkliche Entwicklung ist die Entwicklung unserer Menschen und nicht die Ausdehnung von Anbauflächen oder Bewässerungssystemen oder die Steigerung der Milchproduktion. Eine solche Entwicklung erfolgt aber nicht zufällig; sie ist nur möglich, wenn die Menschen selber über ihre Entwicklungsmöglichkeiten bestimmen können.

Wenn ich das so sagen darf, so liegt die Tragödie unseres freien Indiens darin, daß wir einen Mythos begründet und verstärkt haben, den Mythos, daß unser Land nur über begrenzte Ressourcen verfüge und die Regierung sie zu kontrollieren habe. Dies führte zur Herausbildung einer undurchdringlichen, politisch-bürokratischen Verflechtung. Nur über ein Netzwerk von Mittelsmännern, die sich ihre Leistungen teuer bezahlen lassen, werden solche Ressourcen für die Bedürftigen zugänglich. Dieses korrupte System führte zu neuen Abhängigkeiten und zum Verlust der Freiheiten in unserem Land. Die Ressourcen des Landes können aber nur durch die Bevölkerung umgesetzt und genutzt werden und nicht durch die Regierung. Deshalb müssen wir unserem Volk die Freiheit geben, eigene selbstverantwortliche Unternehmen und Institutionen zu gründen.

Meine eigentliche Kritik an der Liberalisierungspolitik zielt auf deren alleinige Konzentration auf Handel und Industrie. Diese Politik hat die großen Massen unserer ländlichen Bevölkerung vernachlässigt, jene Menschen, die für die Versorgung unseres Landes unverzichtbar sind.

Zuletzt möchte ich dem Finanzminister und der Regierung empfehlen, ihre Liberalisierungspolitik auf die eigentlichen Problemfelder des Landes zu lenken. Ziel dieser Politik muß es sein, die Bevölkerung auf dem Land von ihren Fesseln zu befreien, die eine freie Entfaltung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten behindern. Nur so kann eine erneute Ausbeutung verhindert werden, die an längst überkommene feudale Strukturen erinnert. Ansonsten, darin werden Sie mit mir einig sein, ist ein Zusammenbruch der Fundamente unserer gesamten Gesellschaft zu befürchten.

(Übersetzung und Bearbeitung: Sabine und Jürgen Clemens)